**Resolution**

**des CDU-Kreisvorstandes Neuwied**

**an die Landesregierung Rheinland-Pfalz**

**Steigerung der Leistungsfähigkeit des Straßennetzes im ländlichen Raum**

**Hintergrund:**

Eine funktionierende Infrastruktur ist das Fundament für eine moderne Gesellschaft, Wachstum, Wohlstand und Arbeit. Denn: Ohne Mobilität gibt es keine Prosperität!

Der rheinland-pfälzische Verkehrsminister, Volker Wissing, hat im Jahr 2018 5,6 Mio. Euro Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau nicht abgerufen. Im Jahr 2017 waren es insgesamt 28,6 Mio. Euro Bundesmittel, die die Bundesregierung der Landesregierung für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung gestellt hatte, die nicht verwendet wurden. Bereits im Haushaltsjahr 2016 wurden 46 Mio. Euro durch die Landesregierung nicht abgerufen. In zweieinhalb Jahren Amtszeit wurden durch den Verkehrsminister von Rheinland-Pfalz 80,6 Mio. Euro, für die die CDU in Berlin hart gekämpft hat, damit sie nach Rheinland-Pfalz fließen, verschenkt.

Dies ist ein nicht tragbarer Zustand, zumal bereits im Jahr 2011 ein entsprechender Mittelaufwuchs angekündigt wurde. Trotz ausreichend zeitlichen Vorlaufs war der Verkehrsminister nicht in der Lage, die notwendigen Kapazitäten zur Planung und Umsetzung bereit zu stellen. Das Verkehrsminister, Volker Wissing, hat somit in seiner Kernkompetenz versagt!

Die bereits heute angespannte Personalsituation beim LBM wird sich ab dem Jahr 2020 aufgrund von altersbedingten Abgängen weiter verschärfen. Neueinstellungen können erst nach einer längeren Phase der Einarbeitung ihr volles Potential ausfahren. Die Erhöhung des Personalaufwandes um 2,1 Prozent für die verantwortliche Behörde, den Landesbetrieb Mobilität (LBM), reicht somit bei weitem nicht aus. Der Verkehrsminister von Rheinland-Pfalz wird also auch künftig seinen Anforderungen nicht gerecht.

Von dem bisher verschenkten Geld hätten schon viele Kilometer Bundesstraße gebaut und saniert werden können.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz vernachlässigt in unverantwortlicher Weise die Landesstraßen im Kreis Neuwied. Viele sind in einem katastrophalen Zustand und müssen dringend saniert werden. Auch dafür müssen im Landesbetrieb Mobilität (LBM) weitere Planstellen geschaffen werden. Hier muss deutlich mehr Geld im Landeshaushalt bereitgestellt werden.

Im Kreis Neuwied ist die Hälfte aller Kreisstraßen ebenfalls in schlechtem Zustand. Vom LBM beauftragte Experten haben das 312 Kilometer lange Kreisstraßennetz überprüft. Ergebnis: bei 50 Prozent der Strecken wurde die Note 4,5 und schlechter vergeben. Darüber hinaus weist das Netz der Kreisstraßen im Landkreis Neuwied Lücken auf, die geschlossen werden müssen.

Besonders betroffen vom maroden Zustand der Kreisstraßen ist die Verbandsgemeinde Asbach. Viele Ortsteile sind nämlich ausschließlich über Kreisstraßen an das überregionale Netz angeschlossen. Darum ist die Situation hier besonders prekär.

Diese Sanierungskosten kann der Kreis Neuwied nicht alleine tragen. Das Land ist verpflichtet, sich hier angemessenen an den Kosten zu beteiligen. Auch hier fehlt nicht nur die Unterstützung der Landesregierung bei der Finanzierung, sondern auch bei der Planung durch den LBM. Der Kreis Neuwied ist bereit, die Finanzmittel für den Kreisstraßenausbau aufzustocken, auch wenn es schwer fällt. Dies kann aber nur erfolgen, wenn das Land in gleicher Höhe seinen Beitrag für die Sanierung der Kreisstraßen erhöht und die Reduzierung der Finanzmittel für den Kreis Neuwied über den kommunalen Finanzausgleich ebenfalls kompensiert.

Im Kreis Neuwied ist im vorgestellten Bundesverkehrswegeplan mit vordringlichem Bedarf der B 256n-Streckenabschnitt von der Anschlussstelle Straßenhaus-Süd bis zur Bundesautobahn A 3 mit einem Investitionsvolumen von 29 Millionen Euro aufgeführt. Das beinhaltet die Ortsumfahrungen von Straßenhaus und Gierender Höhe. Kommunen und LBM müssen schnellstens Planungen und Baurecht schaffen, denn umso zügiger kann der erste Spatenstich erfolgen.

Es darf nicht sein, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz nicht nur die bereitgestellten Mittel des Bundes nicht abruft, keine ausreichenden Mittel für den Kreisstraßenausbau zur Verfügung stellt, sondern, parallel dazu, das Problem der maroden Landesstraßen durch Herabklassifizierung auf die ohnehin schon klammen Kreise abwälzen will.

Eine Herabqualifizierung verlagert das Problem nur und saniert keine einzige Landes- oder Kreisstraße! Die Kreise und Gemeinden verfügen über keine ausreichenden finanziellen Mittel, um zusätzlich auch noch herabqualifizierte Straßen zu unterhalten und zu sanieren. Auch ist die Landesregierung eine Erklärung schuldig geblieben, wie die Städte und Gemeinden den zusätzlichen Planungs- und Umsetzungsaufwand bewältigen sollen.

**Daraus leiten wir folgende Forderungen ab:**

1. Wir fordern von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und ihrem Verkehrsminister Volker Wissing eine grundlegende Optimierung der Organisation des Verkehrsministeriums, damit dieses seiner Kernkompetenz in Planung und Steuerung gerecht werden kann. Es muss zukünftig verhindert werden, dass Gelder des Bundes für den Straßenbau nicht abgerufen werden.
2. Wir fordern schnellstmöglich eine bessere personelle Ausstattung des Landesbetriebs Mobilität (LBM). Der LBM muss ablauforganisatorisch optimiert werden, damit dieser bei der Planung und Umsetzung eine höhere Zielerreichung erhält.
3. Wir fordern, alle Pläne zur Herabklassifizierung von Landesstraßen zu Kreisstraßen oder von Kreisstraßen zu Gemeindestraßen zurückzustellen. Die CDU spricht sich nach wie vor gegen eine Herabklassifizierung der Straßen aus.
4. Wir fordern von der Landesregierung eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel für Straßenneubau und Straßenerhalt im Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz.
5. Wir fordern von der Landesregierung eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Sanierung der Landesstraßen im Kreis Neuwied und eine deutliche Steigerung der finanziellen Ausstattung der Landkreise durch das Land, damit diese ihren Aufgaben gerecht werden können.